

Gesetzblatt

für die Freie Stadt Danzig

Nr. 14

Ausgegeben Danzig, den 15. April

1931

Inhalt. Verordnung zur Änderung der Zivilprozeßordnung in der für Danzig geltenden Fassung (S. 59).
Zweite Verordnung betreffend Änderung der Strafprozeßordnung in der für Danzig geltenden Fassung (S. 59).
Verordnung über die Befreiung nordamerikanischer Schiffsahrtsgesellschaften und Reeder von der Einkommen- und Körperschaftsteuer (S. 60). — Druckfehlerberichtigung (S. 60).

43

Verordnung

betreffend Änderung der Zivilprozeßordnung in der für Danzig geltenden Fassung.

Vom 31. 3. 1931.

Auf Grund des § 1 Ziffer 1 des Ermächtigungsgesetzes vom 23. Januar 1931 (G.Bl. S. 7) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artikel 1.

Die Zivilprozeßordnung in der für Danzig geltenden Fassung wird wie folgt geändert:

1. § 303 erhält folgende Fassung:

„Ist ein einzelnes Angriffs- oder Verteidigungsmittel oder ein Zwischenstreit zur Entscheidung reif, so kann die Entscheidung durch Zwischenurteil erfolgen.“

2. § 519 Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„Sofern nicht dem Berufungskläger das Armenrecht bewilligt ist oder Gebührenfreiheit zusteht, hat er bis zum Ablauf der Frist für die Berufungsbegründung nachzuweisen, daß er die für die Berufungsinanz von ihm erforderliche Prozeßgebühr gezahlt hat. Die Frist zur Einzahlung der Prozeßgebühr kann auf Antrag in besonderen Fällen von dem Vorsitzenden verlängert werden. Falls die Prozeßgebühr vor Ablauf der Frist für die Berufungsbegründung nicht erfordert worden ist, hat der Vorsitzende eine Frist für den Nachweis der Zahlung der Gebühr zu bestimmen. Wird der Nachweis nicht vor Ablauf der Frist erbracht, so gilt die Berufung als nicht in der gesetzlichen Form begründet. Hat der Berufungskläger die Bewilligung des Armenrechts vor Ablauf der Frist zur Berufungsbegründung beantragt und den Nachweis erbracht, daß er die in den §§ 39 a, 74 b des Deutschen Gerichtskostengesetzes in der Fassung der Verordnung betr. Änderung von Gerichtskostengesetzes vom 10. März 1931 (G.Bl. S. 41) zu entrichtende Gebühr gezahlt hat, so wird der Lauf der Frist bis zum Ablauf von 2 Wochen nach Zustellung des auf dieses Gesuch ergehenden Beschlusses und, wenn vor Ablauf der Frist gegen den Beschluß Beschwerde eingelegt wird, bis zur Zustellung des auf die Beschwerde ergehenden Beschlusses gehemmt.“

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem 15. April 1931 in Kraft.

Danzig, den 31. März 1931.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Ziehm. Dumont.

44

Zweite Verordnung

betreffend Änderung der Strafprozeßordnung in der für Danzig geltenden Fassung.

Vom 31. 3. 1931.

Auf Grund des § 1 Ziffer 1 des Ermächtigungsgesetzes vom 23. Januar 1931 (G.Bl. S. 7) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artikel 1.

Die Strafprozeßordnung in der für Danzig geltenden Fassung wird wie folgt geändert:

1. In § 140 Strafprozeßordnung werden die Worte des Absatzes 4 „oder in der Berufungsinanz ihm die Ladung zur Hauptverhandlung zugestellt“ sowie der Absatz 5 gestrichen.

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetages: 23. 4. 1931).

2. Der § 172 Absatz 1 Strafprozeßordnung erhält folgende Fassung:

„Ist der Antragsteller zugleich der Verletzte, so steht ihm gegen diesen Bescheid binnen zwei Wochen nach der Bekanntmachung die Beschwerde an den vorgesetzten Beamten der Staatsanwaltschaft und gegen dessen ablehnenden Bescheid binnen einem Monat nach der Bekanntmachung der Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu.“

3. Dem § 207 Strafprozeßordnung wird folgender Absatz 3 hinzugefügt:

„Wird das Hauptverfahren in Übereinstimmung mit dem Antrage der Anklageschrift eröffnet, so können die in Absatz 1 erforderlichen Angaben durch Bezugnahme auf die Anklageschrift ersetzt werden.“

4. Dem § 243 wird folgende Bestimmung als Absatz 5 hinzugefügt:

„Ist im Eröffnungsbeschuß auf die Anklageschrift Bezug genommen, so ist auch diese zu verlesen, jedoch ohne ein in ihr enthaltenes Ermittlungsergebnis.“

5. Als § 313 wird folgende Bestimmung eingefügt:

§ 313.

Ein Urteil des Amtsrichters kann nicht mit der Berufung angefochten werden, wenn es ausschließlich Übertretungen zum Gegenstande hat und der Angeklagte entweder freigesprochen oder ausschließlich zu Geldstrafe verurteilt worden ist.

6. Als § 334 wird folgende Bestimmung eingefügt:

§ 334.

Gegen die Urteile des Amtsrichters ist die Revision insoweit zulässig, als nach § 313 Str. P. O. die Berufung ausgeschlossen ist.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem 15. April 1931 in Kraft.

Danzig, den 31. März 1931.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Ziehm. Dumont.

45

Verordnung

über die Befreiung nordamerikanischer Schiffahrtsgesellschaften und Reeder von der Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Vom 1. 4. 1931.

Gemäß § 5 des Steuergrundgesetzes wird unter der Voraussetzung der vollen Gegenseitigkeit und unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs folgendes angeordnet:

Das ausschließlich aus dem Betriebe von Schiffen herrührende Einkommen von Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika, die im Gebiet der Freien Stadt Danzig keinen Wohnsitz haben, wird von der Einkommensteuer befreit. Desgleichen wird der Gewinn von Erwerbsgesellschaften, deren Sitz sich in den Vereinigten Staaten von Amerika befindet, soweit er ausschließlich aus dem Betriebe von Schiffen herrührt, von der Körperschaftsteuer im Gebiete der Freien Stadt Danzig freigestellt.

Danzig, den 1. April 1931.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Dr. Ziehm. Dr. Hoppenrath.

46

Druckfehlerberichtigung.

Im Haushaltsgesetz für 1931 — G. Bl. S. 52 — muß die Zahl „137 200“ in Spalte 5 eine Zeile höher gerückt werden.